

## **Übermut tut selten gut**

**Die deutsche Rentenversicherung ist dank schmerzhafter Reformen in gutem Zustand. Die Überlegungen der Koalitionsverhandler bedrohen diesen Erfolg.**

*Von Axel Börsch-Supan*

(...) Das Motto der Koalitionsverhandlungen scheint "Back to the Seventies" zu sein, als Deutschland im Übermut der Wachstumseuphorie die Frühverrentung und andere vermeintliche soziale Wohltaten einführte. Wenig später stieg die Arbeitslosigkeit auf ungeahnte Höhen (...).

(...) [Die gesetzliche Rentenversicherung] soll ordentliche Renten zahlen und Altersarmut vermeiden, aber nicht zu hohe Beiträge verschlingen; sie soll für die jüngere wie die ältere Generation gleichzeitig gerecht sein; sie soll in Zeiten des demografischen Wandels sich anpassen und doch zuverlässig bleiben. (...) Lange Zeit gab es für die Beitragszahler kaum einen Gewinn an Kaufkraft. Die nun fällige Beitragssenkung hätten sich die Beitragszahler also redlich verdient.

Auch für die Zukunft ist die Rentenversicherung gut gerüstet. Die Lebenserwartung steigt schneller als die Verschiebung des Rentenalters auf 67 Jahre. Daher wird sich auch in Zukunft die Rentenbezugszeit verlängern. Der Nachhaltigkeitsfaktor garantiert, dass die Finanzierung der Renten trotz des demografischen Wandels gesichert ist. (...)

Wenn jedoch umgesetzt werden sollte, was derzeit an Wünschen aus den Koalitionsverhandlungen dringt, wird diese mühsam gefundene Balance wieder verspielt. (...)

Einsichtig ist, dass man Menschen, die seit jungen Jahren erwerbsgemindert sind, die beiden zusätzlichen Jahre zum neuen normalen Rentenalter mit 67 ausgleichen muss. Man mag es auch generationengerecht finden, wenn nachträglich für diejenigen Mütter, die vor 1992 ihre Kinder geboren haben, die gleichen Zeiten angerechnet werden wie für spätere Mütter. (...) Abenteuerlich ist allerdings die Vorstellung, man könne dies aus Rentenbeiträgen finanzieren (...).

Ganz und gar nicht in die demografische Landschaft passt die Idee, neben der Rente aus Altersgründen eine großzügige Rente nach Beschäftigungsdauer einzuführen. (...) Der Vorschlag, nun auch Zeiten dazu zu rechnen, in denen nicht gearbeitet wurde (...) spricht jedoch der Ursprungsidee Hohn, dass man lange Beschäftigungsdauern belohnt.

Die zusätzliche Vorverlegung auf Alter 63 ist zudem richtig teuer. Etwa ein Viertel der Beschäftigten könnte dann abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehen und werde das auch tun, (...). (...) Sie ist gänzlich rückwärtsgewandt, weil sie die Anpassung des Rentenalters seit 1998 um etwa 1,5 Jahre wieder rückgängig machen würde. (...)

(...). Die Vermeidung von Altersarmut ist selbstverständlich ein wichtiges sozialpolitisches Ziel. Das haben wir aber weitgehend erreicht: Altersarmut liegt deutlich unterhalb des Niveaus der Gesamtbevölkerung (...). Die Zuschussrente kann die verbliebene Altersarmut zudem nicht verhindern (...). Wenn man wirklich Armut im Alter verhindern will, sollte man statt einer das Ziel verfehlenden Zuschussrente eine Doppelstrategie anwenden: zum einen junge Menschen besser ausbilden und integrieren (...) und zum anderen (...) die steuerfinanzierte Grundsicherung auf ein höheres Niveau anzuheben.

(...) das ganze Rentenwunschkonzert (...) konzentriert sich auf die ältere Generation, vor allem bei der angestrebten Wiederauferstehung der Frührente. Ignoriert wird dabei jedoch, dass die junge Generation das Wunschkonzert finanzieren muss. (...)

(...) Noch haben wir den Rückenwind der Beschäftigungsexplosion, den uns die Arbeitsmarktreformen seit 2001 beschert haben. (...) Viele Babyboomer arbeiten nun länger als ursprünglich gedacht. Aber das kann die große Renteneintrittswelle der Babyboomer nur um ein paar Jahre verschieben (...). (...) alles, was jetzt im Übermut der vollen Kassen versprochen wird, muss zusätzlich finanziert werden und lässt so den Beitragssatz stärker wieder in die Höhe schnellen. (...)

*Der vollständige Artikel erschien in Süddeutsche Zeitung am 18. November 2013.*